

Luzern, 30. Januar 2026

Medienmitteilung

Vorstoss

FDP-Postulat fordert die Überprüfung der Luzerner Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall

FDP-Kantonsrat Georg Dubach, Triengen, hat ein Postulat eingereicht, das eine umfassende Überprüfung der kantonalen Regelung zur Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall verlangt. Ziel ist es, das heutige Modell kritisch zu hinterfragen und im interkantonalen Vergleich einzuordnen.

Der Kanton Luzern gewährt seinen Mitarbeitenden derzeit eine 100-prozentige Lohnfortzahlung über bis zu 730 Tage, ohne Rückversicherung und ohne Kostenbeteiligung der Mitarbeitenden. Damit gehört Luzern zusammen mit Basel-Landschaft zu den wenigen Kantonen mit einer derart weitgehenden Regelung.

„Das bestehende System ist historisch gewachsen, entspricht aber zunehmend nicht mehr den Lösungen anderer Kantone“, sagt FDP-Kantonsrat Georg Dubach, Triengen. „Mit dem Postulat verlangen wir keine Vorfestlegung, sondern eine fundierte Auslegeordnung als Grundlage für sachliche und verantwortungsvolle Entscheide.“

Klärungsbedarf bei Gemeinden

Ein zentrales Anliegen des Postulats betrifft die Situation in den Gemeinden. Während für Lehrpersonen kantonale Vorgaben zur vollen Lohnfortzahlung gelten, bestehen für andere Gemeindeangestellte häufig abweichende und tiefere Regelungen. Diese Ungleichbehandlung führt zu rechtlicher Unsicherheit und stellt Gemeinden vor finanzielle sowie organisatorische Herausforderungen.

Die FDP fordert deshalb, dass der Regierungsrat prüft, wie eine rechtssichere und konsistente Lösung für alle Gemeinden geschaffen werden kann.

Kosten transparent machen, Alternativen prüfen

Mit dem Abschluss des Projekts OE17 liegen erstmals die notwendigen Daten vor, um die tatsächlichen Kosten der Lohnfortzahlung und der Stellvertretungen bei längeren Ausfällen transparent darzustellen. Das Postulat verlangt eine faktenbasierte Analyse dieser Kosten sowie eine Prüfung alternativer Versicherungsmodelle, um die Budgetbelastung der Dienststellen zu reduzieren und die personelle Flexibilität zu erhöhen.

Für die FDP.Die Liberalen ist klar: Die Diskussion über die Lohnfortzahlung muss sachlich, vergleichend und datenbasiert geführt werden.

Die FDP setzt sich für ein modernes, faires und finanzierbares Personalrecht ein, das sich an bewährten interkantonalen Standards orientiert und den Gemeinden sowie dem Kanton langfristige Planungssicherheit bietet.

Weitere Details entnehmen Sie dem Postulat anbei.

Kontakt:

Georg Dubach, Kantonsrat, g.dubach@annona.ch, 079 442 58 58